

Antrag

der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU, der Fraktion Die Linke, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der FDP

Aufarbeitung und Folgen der SED-Diktatur evaluieren

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Mehr als 26 Jahre nach der friedlichen Revolution in der DDR ist die Auseinandersetzung mit der DDR und ihren Folgen immer noch notwendig und aktuell. Einen Schlussstrich kann es nicht geben. Zu sehr wirken die Erfahrungen mit dem DDR-System in die heutige Zeit hinein. Zu präsent sind erlittene Verletzungen und Benachteiligungen durch die Verfolgung unter der SED-Diktatur. Das Abgeordnetenhaus will deshalb einen Prozess der Evaluierung der Aufarbeitung der SED-Diktatur im Land Berlin initiieren.

Dabei geht es insbesondere um folgende Themen:

1. Strafrechtliche und berufliche Rehabilitierung von Opfern politischer Verfolgung,
2. Entschädigung und besondere Sozialleistungen für Opfer politischer Verfolgung,
3. Beratungseinrichtungen für Opfer und Benachteiligte der Diktatur,
4. Entwicklung der gesellschaftlichen Debatte über die DDR-Diktatur sowie eines Prozesses der Aussöhnung,
5. Erinnerungskultur, historische Orte und Gedenkstätten,
6. Wissenschaftliche Aufarbeitung,
7. Historisch-politische Bildung und Demokratieverziehung.

Der Senat wird aufgefordert, einen Vorschlag zu entwickeln, wie der Stand der Aufarbeitung und die Folgen der SED-Diktatur im Land Berlin evaluiert werden können und ein entsprechender Diskussionsprozess angeregt und unterstützt werden kann.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 31. Dezember 2017 zu berichten.

Begründung:

Die Diktatur in der DDR spielt im Leben ehemaliger DDR-Bürger/-innen als erlebte Geschichte bis heute eine Rolle. Daneben gehören die Zeit vor der friedlichen Revolution und die Teilung der Stadt durch die Berliner Mauer zum gemeinsamen Gedächtnis der gesamten Berliner Bevölkerung.

Berlin hat in den vergangenen 25 Jahren einiges für die Erinnerung an die Diktatur und zur Aufarbeitung geleistet. Gedenkstätten wurden aufgebaut, Opfer wurden beraten und bei Rehabilitierungsverfahren unterstützt. Der Landesbeauftragte für die Stasiunterlagen leistet in diesem Zusammenhang eine wichtige Arbeit.

Im Vorfeld des Revolutionsjubiläums 2019 ist es geboten, eine Zwischenbilanz der Aufarbeitung zu ziehen.

Nach dem Vorbild des Freistaates Thüringen, wo ein jährlicher Bericht erstellt wird, soll der Berliner Senat den Status der Aufarbeitung ermitteln und Schlussfolgerungen vorschlagen. Inwieweit wie in Thüringen zukünftig jährlich berichtet werden soll, wird Gegenstand der Diskussion des ersten Berichts sein.

Besonderes Augenmerk soll auf die heutige Situation der Opfer und Benachteiligten der Diktatur gelegt werden. Für diese Personengruppen sollen konkrete Verbesserungen erreicht werden: Dabei sollen insbesondere Defizite bei Rehabilitierungsverfahren beseitigt und eine bessere finanzielle Unterstützung, z. B. von Haftopfern, vorbereitet werden. Dazu zählt z.B. eine verbesserte Teilnahme am öffentlichen Leben durch Einbeziehung des Personenkreises in die Berechtigung für die Nutzung des berlinpasses.

In Berlin gibt es zahlreiche historische Orte und Gedenkstätten, die an die SED-Diktatur und die friedliche Revolution erinnern. Sie spielen für die politische Bildung, aber auch den Tourismus eine große Rolle. Die Gedenkstätte Berliner Mauer und die Gedenkstätte Hohenschönhausen haben bereits heute eine große öffentliche Wahrnehmung und ziehen massenhaft Besucher/-innen an. Andere Orte, wie der Campus der Demokratie in Lichtenberg, harren noch der weiteren Entwicklung. Eine Evaluierung soll zeigen, wie die Orte und Gedenkstätten angenommen werden und wie eine Weiterentwicklung aussehen könnte.

Das ambitionierte Vorhaben, Aufarbeitung und Folgen der SED-Diktatur zu evaluieren, soll gleichzeitig den Startpunkt für eine neue gesellschaftliche Debatte über die Diktatur und einen Prozess der Aussöhnung bilden.

Berlin, d. 27. Juni 2017

Saleh Dr. West
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
der SPD

Graf Melzer
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
der CDU

Bluhm U. Wolf Zillich
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Die Linke

Kapek Gebel Otto
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen

Czaja Fresdorf
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
der FDP